

## »Haushaltsfragen und ihre Bedeutung für linke Regierungspolitik«

Linke in die Regierung: Warum? Für wen? Wohin?  
Konferenz der Rosa-Luxemburg-Stiftung Thüringen e.V.  
27. September 2008, Stadtgarten Erfurt

1

Dr. Benjamin-Immanuel Hoff

### Grundsätzlich

Die Theorie (linker Regierungsvorhaben) wird zur materiellen Gewalt, sobald sie die KASSEN ergreift.

(Abgewandelt: *Karl Marx, Zur Kritik der Hegelschen Rechtsphilosophie. Einleitung. MEW 1, S. 385, 1844*)

2

Dr. Benjamin-Immanuel Hoff

## Aufgabe: Haushaltspolitik für die soziale Metropole

- 2001 stürzte die schwarz-rote Koalition über die Bankenkrise und eine vollkommen verfehlte Haushalts- und Metropolenpolitik. Die Stadt drohte finanziell handlungsunfähig zu sein.
- Die Aufgaben von rot-rot 2001-2006 hießen folglich:
  - Sowohl Sicherung der Bankgesellschaft als auch gemeinwohlorientierte Veräußerung (öffentlich-rechtlicher Sektor).
  - Sowohl Kassensturz und Haushaltskonsolidierung als auch Klage auf Finanzhilfen in Karlsruhe beim BVerfG.
  - Sowohl Stopp von unsinnigen Großprojekten und fehlgeleiteter Wohnungsbauförderung als auch Einleitung einer neuen, sozialen Stadtentwicklungspolitik.

3

Dr. Benjamin-Immanuel Hoff

## Die LINKE Berlin und ihr Bild sozialer Metropolenpolitik

- Eine linke Partei muss sich die Aufgabe stellen, eine andere als nur von den Kräften des Marktes und seiner Logik getriebene Stadtentwicklung zu betreiben.
- Wir wollen wirtschaftliche Entwicklung. Aber wir wollen keine Entwicklung, wie in anderen internationalen Metropolen, mit einer Dreiteilung der Stadt in:
  - einen international wettbewerbsfähigen, auf die globale Konkurrenz ausgerichteten Teil,
  - die »normale Arbeits-, Wohn- und Versorgungsstadt«
  - die »aufgegebene Stadt der Ausgegrenzten«.

4

Dr. Benjamin-Immanuel Hoff

## Linkes Stadtpolitikverständnis: Sozial und etatistisch

Die LINKE in Berlin will eine prosperierende Stadt, aber nicht um den Preis der sozialen Ausgrenzung und Desintegration, sondern mit dem Ziel von Wachstum und sozialer Integration.“

Dieses stadtpolitische Verständnis:

- reagiert auf die verschuldete „Armutstadt“ Berlin,
- ist im besten Sinne traditionell etatistisch:
  - Lebensqualität und soziale Sicherheit sind staatliche Aufgaben,
  - sie entfalten sich aus der Ableitung von ökonomischem Wachstum,
  - denn erst ökonomisches Wachstum generiert Spielräume staatlichen politischen Handelns.

5

Dr. Benjamin-Immanuel Hoff

## Strategie: Wachstumsorientierte Konsolidierung

Zwischen 2001 und 2006 lag das Schwergewicht der Konsolidierungspolitik auf der Ausgabenseite und musste dort liegen.

Zwischen 2007 und 2011 wird das Schwergewicht auf der Entwicklung von wirtschaftlichem Wachstum und damit auf der Einnahmeseite liegen.

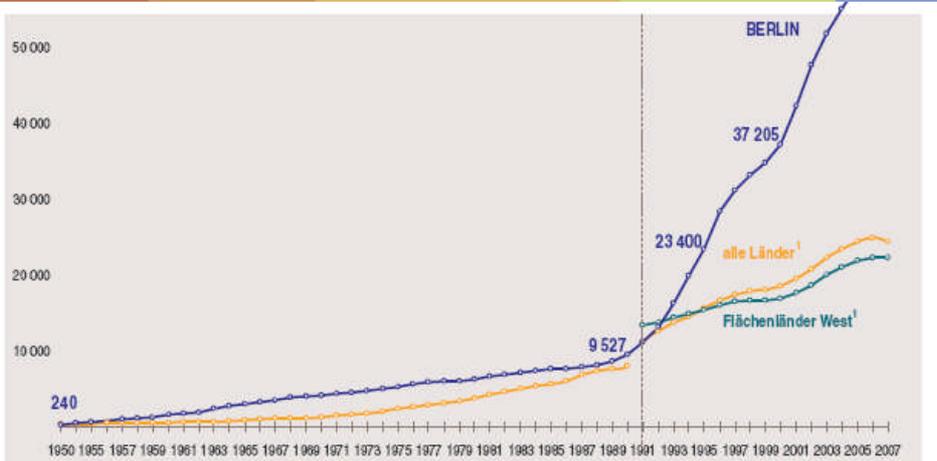
Kurz: Nach dem Aufräumen, kommt das Aufbauen.

Die wirtschaftliche Belebung 2006-2008, mit steigenden Steuereinnahmen und sinkenden Kosten der Arbeitslosigkeit bestätigt die alte Position der Linken: eine erfolgreiche Politik der Konsolidierung der öffentlichen Haushalte benötigt wirtschaftliches Wachstum.

6

Dr. Benjamin-Immanuel Hoff

## Entwicklung des Berliner Schuldenstandes



Stand September 2008. Millionen Euro. Kreditmarktschulden einschließlich Schulden bei Verwaltungen und Kassenkrediten sowie innerem Darlehen aus der Veräußerung der LBB (2007); gemäß Haushaltsabgrenzung. <sup>1</sup> Benchmark-Vergleichswert auf Einwohnerbasis; Flächenländer einschließlich Kommunen. Ab 1991 Deutschland insgesamt.

7

Dr. Benjamin-Immanuel Hoff

## Ländervergleich des Schuldenstands je Einwohner/-in

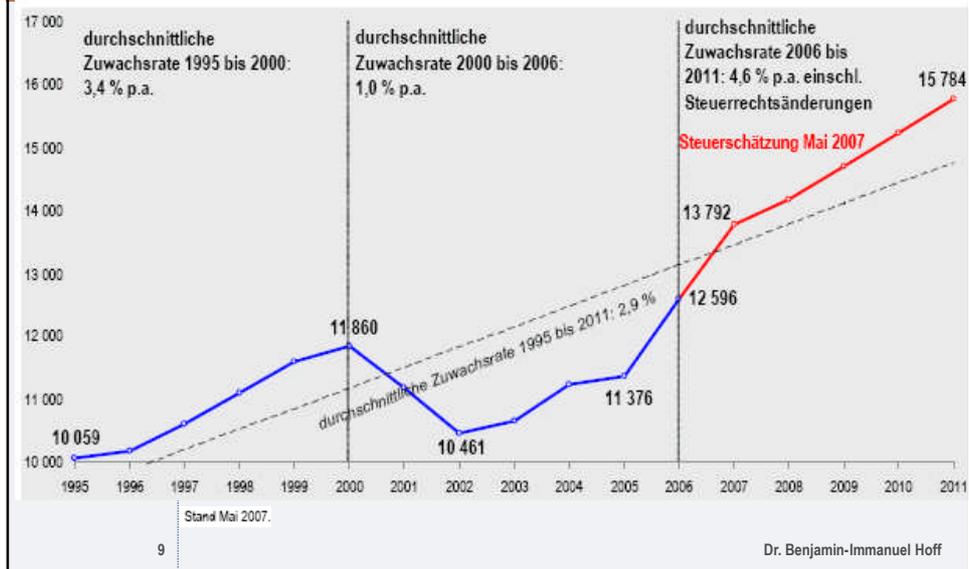


Stand Mai 2007.

8

Dr. Benjamin-Immanuel Hoff

## Entwicklung der Berliner Steuereinnahmen (Mai 2007)



## Prognose des Berliner Finanzierungssaldos

Millionen €	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011
Finanzplanung von Berlin 2005 bis 2009	-3.912	-3.204	-2.458	-2.175	-2.148		
Finanzplanung von Berlin 2006 bis 2010		-2.215	-1.206	-1.147	-931	-900	
Eckwertebeschluss des Senats vom 13. März 2007			-809	-516	-275	-85	+31
Ist / Vorschau	-3.165	-1.808	ca. -510	ca. -250	ca. +50	ca. +250	ca. +500

Stand Mai 2007.

10

Dr. Benjamin-Immanuel Hoff

## Fiskalischer Status quo – Mitte 2008

- Berlin hat die Haushaltsnotlageklage verloren. Das BVerfG entschied: „Jeder ist seines Glückes Schmied“.
- Die finanzielle Situation Berlins ist gegenwärtig besser als sie unmittelbar nach der BVerfGE wahrgenommen wurde.
- Die – in dieser Höhe – zum Zeitpunkt der Klageerhebung nicht zu erwarten gewesenen Steuermehreinnahmen versetzen die Stadt in einen finanziellen Status, der dem einer erfolgreichen Klage bei stagnierenden Steuereinnahmen gleichkommt, aktuell sogar geringfügig besser ist.
- Dieser Zustand ist keine Garantie für die Zukunft, sondern zeigt die Abhängigkeit von externen Faktoren (Kon

11

Dr. Benjamin-Immanuel Hoff

## Problemzonen linker Haushalts- und Stadtpolitik

- Die Rahmendaten der Länderhaushalte werden bestimmt durch die Wirtschafts- und Finanzpolitik von Bund und EU.
- Die Steuerungsmöglichkeiten der Länder sind begrenzt (Steuerhoheit, Zinsen, Solidarpaktmittel, Sozialausgaben).
- Die makroökonomischen Effekte sind verhältnismäßig klein (z.B. Schuldenaufnahme).
- Die Strategie wachstumsorientierter Konsolidierung reduziert sich in ihrer Wirksamkeit bei einbrechender Konjunktur.

12

Dr. Benjamin-Immanuel Hoff

## Was tun? Es tun.

- Trotz der Problemzonen sind Konzepte und politische Handlungsalternativen zu entwickeln, die realistisch, finanzierbar und funktional sind.
- Erneuerung der öffentlichen Daseinsvorsorge, soziale Stadt- und öffentlich geförderte Beschäftigungspolitik sowie bessere Bildung sind die Grundpfeiler linker Haushaltspolitik.
- Haushaltskonsolidierung und Strukturpolitik können begrenzte Schuldenaufnahme auch im Land einschließen:
  - die bei Prosperitätsphasen zurückgeführt werden muss,
  - diese Mittel sind für Nachhaltigkeit, Wertschöpfung, Beschäftigungsentwicklung zu nutzen.
- Für Berlin stellt sich diese Frage naturgemäß nicht.